



Institutionelle Rahmenbedingungen des Welthandels

Workshop „Schwerpunkt Außenwirtschaft 2014/2015“
23.6.2015

Multilateralismus weiter auf dem Prüfstand

- Umsetzung der Verhandlungsergebnisse der 9. WTO-Ministerkonferenz Anfang Dezember 2013 in Bali/Indonesien
 - Übereinkommen über Handelserleichterungen
 - Umsetzung des Beschlusses zum LDC-Services-Waiver
- Ausarbeitung eines Arbeitsprogramms über die verbleibenden Themen aus der Doha-Ministererklärung von 2001
 - Die Bali-Ministererklärung von Anfang Dezember 2013 sah vor, ein Arbeitsprogramm bis spätestens Ende 2014 auszuarbeiten
 - verbesserter Marktzugang für landwirtschaftliche und nicht-landwirtschaftliche Produkte und Dienstleistungen

Plurilaterale Initiativen

- ITA, das „Information Technology Agreement“ (1996) - Verhandlungen zur Liberalisierung weiterer Informationstechnologieprodukte - seit 2013 nur mäßige Fortschritte
- EGA, das „Environmental Goods Agreement“ - Initiative zur Liberalisierung von Umweltgütern und -dienstleistungen - erfolgreich vorangekommen
- TiSA, das „Trade in Services Agreement“ - Verhandlungen zur Liberalisierung von Dienstleistungen - kontinuierliche Fortschritte

Plurilaterale Initiativen

- EGA, das „Environmental Goods Agreement“ - Initiative zur Liberalisierung von Umweltgütern und -dienstleistungen - erfolgreich vorangekommen
 - Verhandlungsbeginn Juli 2014; 14 WTO-Mitglieder; Abschluss vor MC 10, Dezember 2015
 - Ziel: Zollfreiheit für ein breites Spektrum an Waren, die zu grünem Wachstum, Umweltschutz und nachhaltiger Entwicklung beitragen. Fokussierung der Dienstleistungskomponente auf jene Kategorien, deren Erbringung mit der Lieferung von Umweltgütern in Verbindung steht, sogenannte „enabling services“ wie beispielsweise Montage und Service.
 - Meistbegünstigung

Plurilaterale Initiativen

- TiSA, das „Trade in Services Agreement“ - Verhandlungen zur Liberalisierung von Dienstleistungen - kontinuierliche Fortschritte
 - Verhandlungsbeginn Frühjahr 2013; 24 WTO-Mitglieder; offener Zeitplan
 - Strukturell GATS („General Agreement on Trade in Services“) sehr ähnlich, was eine spätere Multilateralisierung des Abkommens erleichtern soll.
 - Aufbau: Basisdokument mit Grundlagenbestimmungen, Annexen zu sogenannten regulatorischen Disziplinen, Verpflichtungslisten der Vertragsparteien, Beitrittsklausel, Streitbeilegungsmechanismus, voraussichtlich nach WTO-Vorbild.
 - Keine Meistbegünstigung

Investitionspolitik der EU

- Zunahme der Bedeutung ausländischer Direktinvestitionen in den letzten Jahrzehnten
 - Bestand an Direktinvestitionen der EU-Mitgliedstaaten im Ausland 2012 rund 12 Bio. Euro, Bestand an österreichischen Direktinvestitionen im Ausland 2013 an die 170 Mrd. Euro
- Folge: Zunahme der Bedeutung von BITs („Bilateral Investment Treaties“) - Investitionsschutzverträgen
 - kein multilaterales Regelwerk
 - EU-Mitgliedstaaten ca. 1.400 bilaterale Investitionsschutzverträge, Österreich rund 60

Investitionspolitik der EU

- Die vier zentralen Garantien für Investoren in BITs:
 1. Schutz vor Diskriminierung
 2. Schutz vor kompensationsloser (direkter und indirekter) Enteignung
 3. Schutz vor unbilliger und ungerechter Behandlung
 4. Garantie des freien Transfers von Kapital
- Vertrag von Lissabon 2009: Übergang der Zuständigkeit für den Bereich ausländische Direktinvestitionen auf die EU
- Investitionsschutz wird als Teil von Freihandelsabkommen der EU (Indien, Singapur, Thailand, Vietnam und Japan, Ägypten, Jordanien, Marokko und Tunesien) oder als selbständige Abkommen (China, Myanmar) durch die EK verhandelt.

Bilaterale Handelsbeziehungen der EU

- TTIP
- CETA
- Ukraine, Moldau, Georgien
- Ecuador
- Weitere Abkommen der EU
 - Kosovo
 - Andorra, Monaco, San Marino
 - Kasachstan

Bilaterale Handelsbeziehungen der EU

- TTIP, das „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ Abkommen zwischen der EU und den USA prägt seit 2014 die Handelspolitik und die öffentliche Diskussion in der EU
 - Verhandlungsbeginn Juni 2013; politisches Ziel der Erreichung einer Rahmenvereinbarung bis Ende 2015
 - Der Großteil des durch Studien prognostizierten wirtschaftlichen Potenzials (75%-80%) des Abkommens liegt im Bereich der regulatorischen Kooperation. Nichttarifäre Handelshemmnisse (wie technische Standards, Prüf- und Zertifizierungsverfahren) sollen dort, wo Gleichwertigkeit feststellbar ist, durch gegenseitige Anerkennung, andernfalls durch Harmonisierung bei gleichzeitiger Wahrung hoher Qualitäts- und Schutzstandards abgebaut werden.

Bilaterale Handelsbeziehungen der EU

- Kontroversen insbesondere betreffend
 - Verhandlungsführung - Transparenz
 - Investitionsschutz - Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus (Investor-to-State Dispute Settlement, ISDS)
 - öffentliche Konsultation der Europäischen Kommission, Ergebnisse Anfang 2015 präsentiert
 - Kernthemen:
 - Schutz des Regelungsrechts („right to regulate“),
 - Einrichtung und Funktion von Schiedsgerichten,
 - Verhältnis zwischen innerstaatlicher Justiz und ISDS,
 - Berufungsmechanismus
 - Regulatory Co-operation

Bilaterale Handelsbeziehungen der EU

- CETA, das „Comprehensive Economic and Trade Agreement“ zwischen der EU und Kanada
 - Verhandlungsbeginn 2009; September 2014 gemeinsamer, wenn auch vorläufiger Abkommenstext; derzeit „legal scrubbing“
 - Laut Berechnungen der Europäischen Kommission soll CETA den Handel mit Waren und Dienstleistungen der EU mit Kanada um 23% steigern und jährlich rund 12 Mrd. Euro zusätzlich zum BIP der EU beitragen.
 - Kontroversen wie bei TTIP

Bilaterale Handelsbeziehungen der EU

- Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine, Moldau und Georgien
 - Vorläufige Anwendung des Handelsteils des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine bis zum 1.1.2016 verschoben
 - Handelsteil der Assoziierungsabkommen mit Moldau und Georgien seit 1.9.2014 vorläufig angewendet
- Beitritt Ecuadors zum Handelsübereinkommen der EU mit Kolumbien und Peru
 - Beitrittsprotokoll Ecuadors am 12.12.2014 paraphiert
 - Verordnung (EU) Nr. 1384/2014: für Waren mit Ursprung Ecuador gelten weiterhin die EU-Zölle vom 12.12.2014

Bilaterale Handelsbeziehungen der EU

- Weitere Abkommen der EU
 - 2.5.2015 Abschluss der Verhandlungen mit Kosovo über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA)
 - 16.12.2014 Beschluss des Rates über die Aufnahme von Verhandlungen über ein oder mehrere Assoziierungsabkommen zwischen der EU und dem Fürstentum Andorra, dem Fürstentum Monaco und der Republik San Marino
 - 20.1.2015 Abkommen mit Kasachstan paraphiert; erstes vertieftes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen der EU mit einem zentralasiatischen Partner